



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 20.10.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 3. November 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 15.09.2022

Bereich Städtepartnerschaften

2. 22-F-95-0001

Städtepartnerschaft Wiesbaden Kamenez-Podolski
-Antrag der Fraktionen von FDP & BLW/ULW/BIG vom 07.09.2022-

Bericht des Partnerschaftsvereins Wiesbaden-Schierstein Kamenez-Podolski e.V.

Bereich Schule

3. 22-F-69-0057

Wegfallende Parkplätze ohne adäquaten Ersatz für Lehrerinnen und Lehrer der Elly-Heuss-Schule

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.10.2022-

Die Elly-Heuss-Schule hat sich neben der allgemeinen Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers auch Schwerpunkte für die besondere Förderung von Talenten und Neigungen zum Ziel gesetzt. Als „Partnerschule des Leistungssports“ hat sie nicht nur landesweite Bedeutung, sondern ist auch Teil des offiziellen Landesprogramms „Talentsuche und Talentförderung“ des Hessischen Kultusministeriums. Dabei stehen sportlich talentierte Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt. Als Folge des Beschlusses 0277 der Stadtverordnetenversammlung fallen 27 Stellplätze weg, die für die Lehrerinnen und Lehrer benötigt werden, die den bisher regelmäßig stattfindenden Sportunterricht an der Elly-Heuss-Schule durchführen. Alle anderen Standorte würden zu einem so großen Zeitverlust führen, dass die Anfangszeiten des Sportunterrichts nicht mehr zu halten wären.

Es gab bereits verschiedene Gesprächsrunden, u.a. mit dem Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende als auch einzelnen Fraktionen, in denen die Problematik seitens der Schule vorgetragen wurde. Teilweise wurden die Folgen des Wegfalls der benötigten Parkplätze auch in verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen (unter anderem bei der Vorstellung des weiterentwickelten Schulentwicklungsplans) erörtert und es wurde zugesagt, dass Lösungen geschaffen werden. Zusätzlich hat sich an der Elly-Heuss-Schule ein weiteres Problem ergeben: Durch den geplanten Neubau wird ein Teil der bisher genutzten Pausenhoffläche ersatzlos wegfallen, da der Wegfall in den bisherigen Planung nicht kompensiert werden konnte.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. was konkret unternommen wird, um adäquate Ersatzflächen für die wegfallenden, bisher kostenlosen Parkplätze, zu schaffen;
2. wie der Sportunterricht an der Elly-Heuss-Schule pünktlich, geordnet und umfassend ablaufen soll, wenn den Lehrerinnen und Lehrern der Weg zu ihrem Arbeitsplatz maximal erschwert wird;
3. ob die Vorschläge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und Volt zukünftig Lastenfahräder als Alternative zum eigenen PKW zur Verfügung zu stellen oder die städtischen Carsharing-Dienste in Anspruch zu nehmen, um den PKW-Verkehr weitestgehend aus der Stadt rauszuhalten auch vom Magistrat favorisiert wird und wer die Kosten dafür tragen darf.

4. 22-F-63-0091

„Zukunftsfähige Berufsschule?“ - Ausbildungsstandort Wiesbaden stärken!

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 18.10.2022-

Vor dem Hintergrund sinkender Ausbildungszahlen und der damit einhergehenden geringeren Auslastung von Berufsschulklassen beabsichtigt das Land Hessen mit dem Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ die Berufsschulstandorte neu auszurichten. Nachdem zunächst die Mindestklassengröße von 15 auf 12 Schülerinnen und Schüler in den Ausbildungsklassen herabgesetzt wurde, sollen nun bei einer Unterschreitung in den jeweiligen Fachrichtungen

vermehrt regionale Klassen und Landesfachklassen ab dem Schuljahr 2025/26 eingerichtet werden. Die Landesregierung will dabei explizit die Standorte beruflicher Schulen in ländlichen Räumen stärken. In Wiesbaden sind von den Überlegungen derzeit die Kerschensteinerschule mit dem Ausbildungsberuf Chemielaborant*in und die Friedrich-Ebert-Schule mit den Ausbildungsberufen KFZ-Mechatroniker*in, Konstruktionsmechaniker*in und Anlagenmechaniker*in betroffen. Der Wiesbadener Industriebeirat befürchtet, dass sich mit der Standortverlagerung der bestehende Fachkräftemangel in den betroffenen Ausbildungsberufen noch weiter verschärfen wird. Er fordert daher eine länderübergreifende Zusammenarbeit, eine bessere digitale Ausstattung der beruflichen Schulen, mit der auch ein virtueller Fernunterricht möglich wird, sowie den Ausbau eines kostengünstigen ÖPNVs in die „ländlichen Regionen“.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Wir bitten den Magistrat zu berichten:

- 1) Ist das neue Konzept mit den Schulträgern besprochen?
- 2) Wie haben sich die Zahlen der Auszubildenden in den Ausbildungsberufen Chemielaborant*in an der Kerschensteinerschule und die der KFZ-Mechatroniker*in, Konstruktionsmechaniker*in, Anlagenmechaniker*in in den letzten 10 Jahren an der Friedrich-Ebert-Schule entwickelt?
- 3) Wie viele der betroffenen Auszubildenden haben ihren Wohnsitz in Wiesbaden und wie viele ihren Wohnsitz außerhalb Wiesbadens?
- 4) Wie viele Schüler*innen in den o.g. Ausbildungsberufen haben ihren Wohnsitz in Wiesbaden und wie viele werden mit Wohnsitz in Wiesbaden an Berufsschulstandorten außerhalb Wiesbadens beschult?
- 5) Ist dem Magistrat bekannt, ob noch weitere Ausbildungsberufe an Wiesbadener Berufsschulen von einer Verlagerung betroffen sein könnten?
- 6) Ist dem Magistrat bekannt, ob auch Ausbildungsberufe anderer Schulträger nach Wiesbaden verlagert werden und wenn ja, welche?
- 7) Sind auch Fachbereiche von derzeit im Neubau befindlichen Berufsschulen betroffen?
- 8) Wie beurteilt der Magistrat die Folgen der beabsichtigten Verlagerung für die Beruflichen Schulen und für die Wiesbadener Unternehmen?
- 9) Teilt der Magistrat die Befürchtungen des Industriebeirats?
- 10) Hält der Magistrat die digitale Infrastruktur an den Beruflichen Schulen der Stadt Wiesbaden für einen qualitätsgesicherten Fernunterricht für ausreichend bzw. kann die technische Infrastruktur dafür spätestens bis 2025 geschaffen werden?
- 11) Wann beabsichtigt der Magistrat mit der Fortschreibung des SEP für die Beruflichen Schulen zu beginnen bzw. der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf vorzulegen? Welche Auswirkungen haben die Pläne des Landes auf den SEP?
- 12) Was bedeuten die Pläne des Landes für die geplanten und laufenden Schulbaumaßnahmen?

5. 22-F-05-0009

Situation an der Adalbert-Stifter-Schule

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 19.10.2022-

Die Situation an der Adalbert-Stifter-Schule beunruhigt viele Eltern. Erst hatte die Schule angekündigt, aufgrund von Personalmangel mindestens drei Tage zu schließen. Kurze Zeit später ruderte das Staatliche Schulamt dann zurück und wies die Schule an, eine Betreuung sicherzustellen. Diese Situation ist kaum zufriedenstellend.

Nicht zuletzt der kürzlich veröffentlichte IOB-Bildungstrend hat gezeigt, dass u.a. durch die Schulschließungen in der Pandemie erhebliche Kompetenzverluste bei Grundschulern entstanden sind. Umso erschütternder sind abermalige Schulschließungen - diesmal aus Grund

des Personalmangels. Auch die jetzt vom Staatlichen Schulamt verfügte Lösung dürfte mit erheblichen Einschnitten in der Lehrqualität und der Zufriedenheit der Lehrkräfte einhergehen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- 1) ob er das Staatliche Schulamt kontaktiert hat, um auf eine Abstellung der inakzeptablen Zustände an der Adalbert-Stifter-Schule hinzuweisen.
- 2) ob dem Magistrat Informationen vorliegen, dass es - wie von einigen Eltern insinuiert - an der Adalbert-Stifter-Schule zu einem „stillen Streik“ der Lehrkräfte gekommen ist.
- 3) welche Maßnahmen das Staatliche Schulamt und der Magistrat ergreifen möchten, um so schnell wie möglich eine angemessene Beschulung sicherzustellen.

6. 22-F-63-0103

Berücksichtigung von Vollküchen bei Sanierungen und Neubauten von Schulen in der LHW -Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 19.10.2022-

Mit dem vom Bund festgelegten Rechtsanspruch für Eltern von Grundschüler*innen auf einen Ganztagsplatz ab 2026 muss das Thema Schulverpflegung verstärkt in den Fokus genommen werden. Eine zukunftsorientierte Schulverpflegung bietet die Chance, pädagogische, gesundheitliche und nachhaltige Bildungsziele sinnvoll miteinander zu verknüpfen und diese im Schulprofil zu verankern.

Wiesbadener Schüler*innen haben einen Anspruch auf ein kostengünstiges, gesundes und vollwertiges Mittagessen. Für dessen Umsetzung eignen sich besonders Vollküchen, in denen Speisen vor Ort zubereitet werden können und ohne längere Wartezeiten direkt an die Schüler*innen ausgegeben werden (cook&serve).

So können viele Vitamine und Nährstoffe erhalten bleiben, die sonst bei langem Warmhalten oder Aufwärmen von vorgekochten Speisen verloren gehen. Zudem ist bei einer Vollküche der Einsatz von saisonalen und regionalen Produkten leichter möglich, da die Schule selbst bzw. das Küchenteam vor Ort den Einkauf von Produkten mitbestimmen kann. Bei der Zubereitung von regionalen und frischen Produkten können Schüler*innen miteinbezogen werden. So wird frühzeitig ihr Bewusstsein für die regionale Landwirtschaft und für eine gesunde Ernährung sowie ihre Selbstwirksamkeit am Umwelt- und Klimaschutz gestärkt. Voraussetzung hierfür sind Küchen, in denen eine frische Zubereitung des Essens grundsätzlich möglich ist.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Magistrat möge:

- 1) berichten, welche Schulen über eine Frischküche verfügen, wie sie diese nutzen (regelmäßige Versorgung einer bestimmten Anzahl/aller Schüler*innen, Nutzung im Rahmen eines Unterrichtsfachs/einer Arbeitsgemeinschaft, zu besonderen Anlässen wie Schulfesten) und welcher Bedarf an Personal (bspw. Lehrpersonal, (Reinigungs-)Personal, Techniker*innen, und Material daraus resultiert.
- 2) bei bereits laufenden Neubauprojekten prüfen, inwieweit die Realisierung einer Frischküche in die bestehenden Planungen aufgenommen werden kann. Sollte die laufende Prüfung des Schulamtes zur Einrichtung einer Frischküche an der Erich-Kästner-Schule zeigen, dass sie eingerichtet werden kann, sind die Planungen für die Schulverpflegung an der Erich-Kästner-Schule dahingehend zu überarbeiten.

- 3) bei allen künftigen Planungen für Schulsanierungen und Neubauten Frischküchen bautechnisch berücksichtigen.
- 4) prüfen, wie die Bündelung der Beschaffung und Lieferung von Schulessen in städtischen Einrichtungen in städtischer Verantwortung sinnvoll realisiert werden kann.

7. **22-F-69-0056**

Probealarm an Schulen

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.10.2022-

An einigen Wiesbadener Schulen wurden in den letzten Wochen vereinzelt Probealarme durchgeführt. Dabei verliefen viele Proben unproblematisch, eine Schule zeigte jedoch erheblichen Verbesserungsbedarf. An der Oranienschule wurde der Probealarm beispielsweise kaum von den Schülerinnen und Schülern oder Lehrerinnen und Lehrern wahrgenommen, da nur zwei Geräte anschlugen (eines davon im Keller). Im Ernstfall hätte das möglicherweise schwerwiegende Konsequenzen haben können.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. an welchen Wiesbadener Schulen der Probealarm bereits durchgeführt wurde;
2. an welchen Wiesbadener Schulen es zu Schwierigkeiten bei der Durchführung des Probealarms gekommen ist und welche konkreten Schwierigkeiten das gewesen sind;
3. in welchen zeitlichen Abständen die Anlagen innerhalb und außerhalb der Schulgebäude gewartet werden;
4. bis wann die einzelnen Mängel behoben werden können;
5. was künftig getan wird, um solche Missstände zu verhindern;
6. seit wann insbesondere die gravierenden Probleme mit der Alarmanlage an der Oranienschule bekannt sind und warum bisher keinerlei Priorität darauf gelegt wurde, dass diese Störungen unverzüglich behoben werden, damit die lebensrettenden Sicherheitsmaßnahmen im Ernstfall vollfunktionsfähig sind;
7. welche Gründe hinter dem laschen Umgang mit dem Problemen der Alarmanlage der Oranienschule stecken.

8. **22-F-63-0095**

Aktualisierung der Schulbauliste

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 18.10.2022-

Wiesbaden ist 2012 mit einer Bedarfsliste für den Schulbau mit einer entsprechenden Priorisierung der Baumaßnahmen an Schulstandorten bzw. einzelnen Gebäuden angetreten, den Sanierungsstau an Wiesbadener Schulen zu abzarbeiten. Seitdem sind die Instandhaltungsmittel deutlich angestiegen und eine Vielzahl an Schulgebäuden ist neu errichtet oder generalsaniert worden. Derzeit befinden sich Schulbauprojekte im Volumen von mehreren hundert Millionen Euro in der Ausführungsplanung bzw. bereits in der baulichen Umsetzung. In den vergangenen Jahren wurde davon abgesehen, die Schulbauliste zu aktualisieren, da dies mit entsprechenden Kosten einhergeht, die alten Listen noch hinreichend viele Projekte vorsahen und die Anwendung des CAFM-Systems des Hochbauamtes absehbar erschien. Letzteres hat sich jedoch verzögert und die letzte Schulbauliste stammt aus dem Jahr 2018.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten, die Schulbauliste bis zu den Haushaltsberatungen 2024/25 im Herbst 2023 zu aktualisieren. Dabei sind- soweit bereits möglich - für die Projekte mit der höchsten Priorität die finanziellen Bedarfe für die Umsetzung zu erheben.
- 2) Zur Finanzierung der Aktualisierung der Schulbauliste kann auf Überleitungsmittel bzw. Restmittel des Dezernates III - vornehmen aus dem Bereich Instandhaltung Schule - zurückgegriffen werden.

9. 22-F-69-0058

Sachstand Wickerbach-Grundschule in Wiesbaden-Naurod-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.10.2022-

Die Wickerbach-Grundschule in Wiesbaden-Naurod wird nicht nur von den Grundschülerinnen und -schülern aus dem Ortsteil Naurod, sondern auch von den Kindern aus den Wiesbadener Ortsteilen Medenbach und Auringen besucht. Der Neubau wurde erst im Sommer 2020 in Betrieb genommen und weist nicht nur bereits jetzt erhebliche sichtbare Baumängel auf, sondern es werden immer wieder neue Baumängel sichtbar. U.a. stürzte bspw. bereits in einem Klassenraum die Decke ein; in einem anderen Klassenraum fiel bereits eine Lampe ab, weil sie mit den falschen Schrauben eingebaut wurde oder es werden immer neue Risse an den Wänden sichtbar.

Zudem haben die Schülerinnen und -schüler durch den in den letzten Jahren immer wieder verschobenen Abriss des alten Schulgebäudes einen nur sehr kleinen Pausenhof.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. ob die bisher gemeldeten Baumängel zwischenzeitlich behoben werden konnten und
2. wann mit dem gesicherten Abriss des alten Schulgebäudes gerechnet werden kann?

10. 22-F-94-0001

Einführung künftiger Bedingungen für den Erhalt eines städtischen Stipendiums
-Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 26.10.2022-

Ein Stipendium ist eine finanzielle oder ideelle Förderung bestimmter Personengruppen. Zusätzliche Angebote im Rahmen des Förderprogramms sind nicht selten verpflichtend. Dabei kann es sich beispielsweise um ein Wochenendseminar durch den Stipendienggeber oder um ähnliche Aktivitäten handeln. Dabei ist es üblich, dass ein Stipendiat nach Erhalt eines Stipendiums programmatisch eingebunden wird. Die Landeshauptstadt Wiesbaden vergibt Stipendien an Studentinnen und Studenten bestimmter Hochschulen. Einige Hochschulen und andere Institutionen vergeben ein Stipendium, das durch die Landeshauptstadt Wiesbaden bezuschusst wird. Als Teil umfassender Stipendien-Programme werden u.a. folgende strategischen Ziele verfolgt: Erhöhung der Anzahl der Einschreibungen begabter Studenten aus unteren sozialen Schichten und Verbesserung des Studienerfolgs sowie Verringerung der Studienabbrüche aus sozioökonomischen Gründen. In den letzten zwei Jahren stieg die Anfrage nach Stipendien an Hochschulen und Universitäten stark an, da viele Studenten aufgrund der Corona-Pandemie in eine finanzielle Notlage geraten sind. Die Fördervoraussetzungen an durch die Landeshauptstadt Wiesbaden bezuschusste Stipendien sind nicht immer an bestimmte

Bedingungen, wie die Teilnahme an einem Workshop/Seminar über die Landeshauptstadt Wiesbaden oder an der Teilnahme einer Austausch- bzw. Begegnungsfahrt bzw. der Einbindung in das Besuchsprogramm, geknüpft.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, welche Stipendien die Landeshauptstadt Wiesbaden vergibt bzw. welche Stipendien bezuschusst werden?
2. mit den entsprechenden Hochschulen Kontakt aufzunehmen und die Einführung folgender Bedingungen anzuregen:
 - a. Teilnahme an einem Workshop/Seminar über die Landeshauptstadt Wiesbaden (gerne auch digital durch Ämter/Wiesbaden Marketing) und/oder
 - b. (sofern möglich) Teilnahme einer Austausch- bzw. Begegnungsfahrt bzw. der Einbindung in das Besuchsprogramm einer Austausch- bzw. Begegnungsfahrt.
3. die bestehenden Stipendien, die durch die Landeshauptstadt vergeben oder bezuschusst werden zu evaluieren und darüber im Ausschuss zu berichten.

Bereich Kultur

11. 22-F-63-0092

Erinnerungskultur

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 18.10.2022-

Das Gedenken an den Holocaust, die Ermordung unserer jüdischen Mitbürger*innen und das Bewusstsein für die zerstörerische Dynamik des Antisemitismus' ist tief in der Wiesbadener Erinnerungskultur verankert. Die Würdigung der Menschen im Widerstand gegen die NS-Diktatur durch die im Rathaus-Foyer eingerichtete Gedenkstätte war ein wichtiger Schritt des Erinnerens an die Menschen vor Ort, die trotz Verfolgung für Demokratie und Freiheit einstanden. Bis jetzt wurden die Biografien von 14 Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern erforscht, die Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Jedoch engagierten sich viele weitere Bürgerinnen und Bürger aus sämtlichen nichtnazistischen Parteien, verschiedenen Berufen, den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten sowie fast allen Altersgruppen und Glaubensrichtungen und leisteten Widerstand gegen das NS-Regime.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu weiteren Biographien und die entsprechenden Personen zu recherchieren, um sie über die Gedenkstätte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

12. 22-F-63-0093

Zwischenfazit Nachtbürgermeister

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.10.2022-

Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und in Absprache mit dem Jugendparlament der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde ein Konzept für eine ehrenamtliche Tätigkeit des Nachtbürgermeisters, die zunächst auf zwei Jahre beschränkt ist, erarbeitet. Zum 1. Januar 2022 haben Daniel Redin und Pascal Rück ihre ehrenamtliche Tätigkeit als Nachtbürgermeister für zwei Jahre aufgenommen. Somit ist die erste Hälfte ihrer Amtszeit fast erreicht.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die beiden Nachtbürgermeister zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften einzuladen, damit diese dem Ausschuss bspw. über ihre bisherige Amtszeit, mögliche Hürden, die Zusammenarbeit mit der Kultur-/Gastro-/Veranstaltungsszene, der Stadt und weiteren beteiligten Akteur*innen berichten und über die nächsten Projekte und Schritte informieren können.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten zu berichten,

1. wie der Magistrat das Pilotprojekt Nachtbürgermeister nach dem ersten Jahr beurteilt, in welchen konkreten Fällen die Nachtbürgermeister zum Einsatz kamen und welche Lösungen/Fortschritte erzielt wurden.
2. in welchen Fällen die Stadtverwaltung die Nachtbürgermeister um Vermittlung/Expertise o.ä. angefragt hat.
3. ob und in welcher Form eine Fortführung des Projektes ab 2024 vorstellbar ist und welche finanziellen Mittel für eine Verstetigung des Projektes benötigt werden.

13. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. 22-F-22-0009

Betreff: Unterstützung für geflüchtete ukrainische Künstler

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU & FDP vom 04.05.2022-

Anlage: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 10.10.2022

2. 21-F-67-0008

Kulturförderung in Zeiten der Pandemie

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und Volt vom 8. September 2021-

Anlage: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 10.10.2022

3. **22-V-03-0007** **DL 32/22-2**

Änderung der Zusammensetzung des Kulturbeirats durch die Benennung über die Fraktionen

4. **22-V-41-0011** **ANLAGE**

Troncmittel Kultur 2022

5. **22-V-41-0017** **DL 32/22-4**

Vorabfreigabe Kultur 1. Quartal 2023

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender